

18. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion der CDU

### **Berlin braucht einen Antisemitismusbeauftragten!**

Der Senat wird aufgefordert, einen zentralen Ansprechpartner für antisemitische Vorfälle zu schaffen. Dieser Beauftragte gegen Antisemitismus soll einerseits Ansprechpartner für die Opfer von antisemitischen Diskriminierungen sein, alle zur Verfügung stehenden Informationen zu entsprechenden Vorfällen sammeln und publizieren sowie Präventionsarbeit leisten. Der Beauftragte soll Empfehlungen für alle staatlichen Einrichtungen in Berlin erstellen, wie man antisemitischen Diskriminierungen erfolgreich begegnen kann.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 1. Juni 2017 zu berichten.

### ***Begründung:***

Antisemitismus ist leider Teil der Alltagserfahrungen vieler Menschen in Berlin. Der Kampf gegen Diskriminierung und Antisemitismus ist die Aufgabe aller staatlichen Organisationen in unserer Stadt. Gerade deshalb ist eine zentrale Stelle, die alle Bemühungen bündelt und koordiniert, sinnvoll.

Sie wäre ein erster niedrigschwelliger zentraler Ansprechpartner bei antisemitischen Diskriminierungen und könnte dort Hilfe leisten, wo Betroffene den Weg zur Polizei scheuen. Der Beauftragte soll den Opfern eine Stimme geben.

Auf vielen Schulhöfen und Straßen ist die Bezeichnung „Jude“ synonym mit „Opfer“ und gilt als Beleidigung. In der Regel basieren diese Beleidigungen und Übergriffe auf mangelnder Kenntnis, fehlender persönlicher Bekanntschaften und geprägten Feindbildern. Leider „informieren“ sich viele Berlinerinnen und Berliner über Informationskanäle, die sich nicht einer

ausgewogenen Berichterstattung verpflichtet fühlen und zum Teil einseitige Zerrbilder senden. Vielen fehlt daher ein geeigneter qualifizierter Ansprechpartner, der Ihnen eine andere Sicht vermitteln kann und zum Nachdenken sowie Vergleichen anregen soll.

Eine kompetente staatliche Stelle könnte nicht nur den unmittelbaren Opfern zur Seite stehen, sondern – neben eigener Präventionsarbeit - auch all diejenigen beraten, die z.B. als Lehrer, Sozialarbeiter, Verwaltungsbeamter aber auch Sporttrainer oder Erzieher mit dem allgemeinen Problem des Antisemitismus konfrontiert ist.

Eine Stadtgesellschaft, die einen zunehmenden, häufig unterschweligen Antisemitismus duldet, würde ihren Zusammenhalt im Ganzen gefährden. Denn Antisemitismus ist der Ursprung aller vorurteilsbehafteten Ablehnungen des Anderen. Ein gesonderter Antisemitismusbeauftragter wäre eine Bereicherung innerhalb des Kampfes gegen Diskriminierungen aller Art.

Berlin, 04. April 2017

Graf Seibeld  
und die übrigen Mitglieder  
der CDU-Fraktion